



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz SPD**

Europa braucht eine Sozialunion

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen,

- dass die „soziale Dimension“ der Europäischen Union zügig weiter ausgebaut wird und soziale Grundrechte, Schutzstandards und Ziele in der EU den gleichen politischen Stellenwert erhalten wie wirtschaftliche,
- dass in allen EU-Verträgen hohe Sozialstandards und eine soziale Fortschrittsklausel verbindlich festgeschrieben und umgesetzt werden,
- dass jede wirtschafts- und/oder finanzpolitische Initiative der EU mit einer sozialen Folgenabschätzung verknüpft wird,
- dass die Verletzung sozialer Grundrechte und Standards in den EU-Mitgliedstaaten ebenso geahndet und sanktioniert werden wie wirtschaftliche und ggf. ein Verfahren gegen das betreffende Land eingeleitet werden kann,
- dass bereits eingetretene soziale Verwerfungen in verschiedenen Mitgliedstaaten mit EU-Unterstützung korrigiert werden und eine weitere Verschärfung der Situation, z.B. durch allzu restriktive Sparauflagen, verhindert wird,
- dass die europäische Wirtschafts- und Währungsunion mittelfristig um eine echte europäische Sozialunion ergänzt und damit vervollständigt wird.

Begründung:

Die neoliberale Formel „Wachstum ist gleich Wohlstand in Europa“ ist nicht aufgegangen. Im Gegenteil droht sich die Kluft zwischen reichen und armen Ländern, zwischen Gewinnern und Verlierern des ökonomischen Umstrukturierungsprozesses in der EU weiter zu vertiefen. Wenn es nicht gelingt, die Wirtschafts- und Währungsunion mittel- und langfristig durch eine europäische Sozialunion und eine allmähliche Angleichung der Lebensverhältnisse in den Mitgliedsländern zu ergänzen, wird die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung weiter abnehmen und damit die Gemeinschaft insgesamt in Frage gestellt. Während Entwicklungs- und Schwellenländer in den zurückliegenden Jahren spürbare soziale Verbesserungen erreichen konnten, kam es in vielen Ländern Europas zu massiven Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme. Der Niedriglohnsektor in Europa wächst, das Rentenniveau sinkt und die Jugendarbeitslosigkeit hat z.T. dramatische Ausmaße angenommen. Das wachsende Wohlstandsgefälle in Europa bedroht nicht nur den sozialen Frieden und den europäischen Integrationsprozess, sondern verschärft auch das Problem armutsbedingter Ab- und Zuwanderung auf dem europäischen Kontinent.

Diese Entwicklung kann nur gestoppt werden, wenn die viel beschworene „soziale Dimension“ Europas endlich mit Leben gefüllt wird und sozialer Ausgleich den gleichen Stellenwert erhält wie die Förderung von Wettbewerb und Wachstum. Es muss sichergestellt werden, dass soziale Grundrechte und Ziele in Europa ebenso streng und verbindlich eingehalten werden wie finanz- und wirtschaftspolitische Rechte und Ziele. Öffentliche Sozialausgaben sind nichts anderes als Investitionen in die Menschen, die sich genauso positiv auf Wirtschaftsentwicklung und Wachstum auswirken wie Investitionen in Banken oder die Infrastruktur. Deutschland trägt als einer der Hauptprofiteure des europäischen Binnenmarkts, aber auch historisch bedingt, eine besondere Verantwortung bei der Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschaftsunion in eine echte Wirtschafts- und Sozialunion.